Antragsbuch

37. ordentlicher Landesparteitag der
FDP Thüringen

12./13.06.2021

Erfurt

NR	ANTRAGSSTELLER	ANTRAGSINHALT
S 01	Landesvorstand, KV Jena-Saale-Holzland	Konstituierung und Arbeitsweise Landesfachausschüsse
S2	Marco Göring (KV Gotha)	Anpassung von § 38 Ziffer 1 (Landesfachausschüsse)
L1	Landesvorstand	In der Krise die Chance. Thüringen fit machen für die Zukunft.
01	Otmar Ganter	Verkehrssicherheit erhöhen, Menschenleben schützen
02	Kreisverband Greiz	Fristen für Baum-und Strauchschnitt liberalisieren
03	Dorotee von Hoff, Christoph Hubrich	Politik, die transparente Haushaltsführung kann
04	Mike Wündsch (KV Gotha)	Besoldung Polizei, Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes
05	Annett Hänel, Petra Teufel, Reinhard Kitzig, Alexandra Drechsler	Gendern - Selbsternannte Sprachwächterinnen oder Sprachwächter dürfen nicht durch gesellschaftlichen Druck entscheiden, was gesagt werden darf. Insbesondere ist uns genaue Sprache in Behörden wichtig
06	Mike Wündsch (KV Gotha)	Auflösung des Thüringer Landtages
07	Michael Schubert, KV Jena-Saale-Holzland	Fahrtkosten
08	Reginald Hanke, William Schlosser	Erwerb der Führerschenklasse B mit 16 ermöglichen
09	Mike Wündsch (KV Gotha)	Annahme der Wahl zum Amt des Thüringer Ministerpräsidenten durch Thomas Kemmerich
10	Mike Wündsch (KV Gotha)	Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz

11	KV Gotha, KV Hildburghausen, KV Weimar, Jens Panse, Sebastian Böhme, Kay Rösler, Dorothee von Hoff, Marc Frings	Umgang mit Dr. Ute Bergner (MdL)
12	Tim Wagner, Patrick Frisch, Michael Schubert, Thomas L. Kemmerich	eSport ist als Sport anzuerkennen
13	Patrick Frisch, Tim Wagner, Andrea Philipp-Dittrich, Stefan Beyer	Stabilität. Solidität. Subsidiarität. – Grundprinzipien europäischer Finanzpolitik
14	Tim Wagner, Patrick Frisch, Andrea, Philipp-Dittrich, Michael Schubert	Schutz von Bewerbern für Mandate und Ämter
15	Christopher Hubrich	Meinungsfreiheit im 21 Jahrhundert braucht Säkularität!
16	Gerald Ullrich, Thomas L. Kemmerich	One-Stop-shop
17	Gerald Ullrich	Stromnetzinfrastruktur stärken
18	Gerald Ullrich	Informationsoffensive für Vorgaben der Europäischen Union
19	KV Greiz	Liberalisierung der Kommunalen Finanzen
20	KV Greiz	Innenstadtbelebung
21	LFA1 „Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst“, Philip Riegel	Blick nach Vorn – Fundament für eine Schule der Zukunft
22	Kreisverband Wartburgkreis Eisenach, Robert-Martin Montag	Gesundheitskompetenz bei Kindern und Jugendlichen stärken
23	KV Eisenach Wartburgkreis, Robert-Martin Montag, Dirk Bergner, Franziska Baum, Thomas L. Kemmerich	Berufsschulstandorte erhalten, innovative Konzepte fördern

24	KV Eisenach Wartburgkreis, Robert-Martin Montag, Thomas L. Kemmerich, Tim Wagner	Unternehmensnachfolgen erleichtern
25	KV Eisenach Wartburgkreis, Robert-Martin Montag, Franziska Baum	Ganztag auch für Lehrkräfte ermöglichen. Schulentwicklung im Team voranbringen.
26	KV Eisenach Wartburgkreis, Robert-Martin Montag, Dirk Bergner	Den Traum vom Eigenheim erfüllen. Grunderwerbssteuer senken.
27	KV Eisenach Wartburgkreis, Robert-Martin Montag	Sicherstellung und Weiterentwicklung regionaler Gesundheitsstrukturen
28	LFA1 „Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst“, Philip Riegel	Vielfalt des Schulsystems erhalten – Regelschulen stärken
29	Robert-Martin Montag, Christopher Hubrich	Europäische Demokratie stärken heißt: Europaparlament stärken

Satzungsänderungsantrag

Antragsinhalt: Konstituierung und Arbeitsweise Landesfachausschüsse

Antragsteller: Landesvorstand, KV Jena-Saale-Holzland

Der Landesparteitag möge beschließen:

Einfügen in § 20 (2) Punkt 7:

Aufgaben des Landesparteirates
7. die Benennung und Abberufung der Vorsitzenden der Arbeitsgruppen und Fachausschüsse und die Kontrolle der Ergebnisse gemeinsam mit dem Landesvorstand

Ändern in § 23 (5) Punkt 2:

Aufgaben des Landesvorstandes
2. das Vorschlagsrecht zur Benennung der Vorsitzenden der Arbeitsgruppen und Fachausschüsse durch den Landesparteirat und die gemeinsame Kontrolle der Ergebnisse

Ändern in §37 (1) Landesfachausschüsse und Arbeitsgruppen

(1) Der Landesparteirat kann nach Bedarf zur Bearbeitung von politischen oder organisatorischen Parteiaufgaben die Bildung von Landesfachausschüssen und Arbeitsgruppen sowie deren Auflösung beschließen. Deren Aufgabe ist es, die Arbeit des Landesverbandes sachverständig zu unterstützen.

Ändern in §38 Zusammensetzung und Arbeitsweise

(1) Der Landesparteirat benennt die Vorsitzenden der Landesfachausschüsse und Arbeitsgruppen. Der Benennung der Vorsitzenden der Landesfachausschüsse hat ein geeignetes, mitgliederoffenes Beteiligungs- und Bewerbungsverfahren voranzugehen. Die jeweiligen Vorsitzenden benennen unter Berücksichtigung von Vorschlägen aus den Kreisverbänden weitere Mitglieder.

(2) Die Gremien können Sachverständige, die nicht Parteimitglieder sein müssen, mit beratender Stimme hinzuziehen.

(3) Die Landesfachausschüsse und Arbeitsgruppen können Anträge an den Landesvorstand richten. Der Landesvorstand ist berechtigt, sie als Eigene zu übernehmen.

****

angenommen:
abgelehnt:
überwiesen:

Satzungsänderungsantrag

Antragsinhalt: Anpassung von § 38 Ziffer 1 (Landesfachausschüsse

Antragsteller: Marco Göring (KV Gotha)

Der Landesparteitag möge beschließen:

§ 38 Ziffer 1 Satz 2 zu streichen und wie folgt neu zu fassen:

[1]Der Landesvorstand beruft die Vorsitzenden der Landesfachausschüsse und Arbeitsgruppen. ~~[2]Die jeweiligen Vorsitzenden benennen unter Berücksichtigung von Vorschlägen aus den Kreisverbänden weitere Mitglieder.~~ [2]Jeder Kreisverband hat Anspruch darauf, mit je einem Mitglied in gebildeten Ausschüssen vertreten zu sein. [3]Jeder Landesfachausschuss soll 4 Sitzungen im Kalenderjahr abhalten, die auch als Videokonferenz stattfinden können.

Begründung:
Die Besetzung der Landesfachausschüsse sollte für jeden Kreisverband transparenter sein. Es handelt sich um freiwilliges, ehrenamtliches Engagement der an Mitarbeit Interessierten, das nicht durch unklare Besetzungsvorschriften behindert werden sollte. Es ist auch nicht anzunehmen, dass die Kreisverbände Teilnehmer ohne fachliche Qualifikation entsenden werden, um sich „zu blamieren“.

Die Festlegung einer Mindestanzahl von Sitzungen scheint geboten, weil manche Ausschüsse aktuell nicht einmal die niedrige Tagungsfrequenz von einmal im Quartal erreichen. Wie will man so fachlich fundierte Oppositionsarbeit leisten?

Die Aufnahme der Videokonferenz als Veranstaltungsformat ist notwendig, weil sie die effektivste Art ist, auch tatsächlich allen vorgeschlagenen Mitgliedern die Teilnahme zu ermöglichen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

****
angenommen:
abgelehnt:
überwiesen:

37. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 12./13. Juni 2021 in Erfurt

ANTRAG-NR. L1

Antragsinhalt: In der Krise die Chance. Thüringen fit machen für die Zukunft.

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

In der Krise die Chance. Thüringen fit machen für die Zukunft.

Thüringen steckt voller Potenziale. Ob in der Kita, der Schule, an der Universität, im Büro, im Labor oder zuhause: Überall beweisen die Menschen unseres Landes Kreativität, Erfindergeist und Engagement. Eine ausufernde Bürokratie, eine kleinteilige Regelungswut und das krampfhafte Festhalten am Althergebrachten verhindern nur leider allzu oft, dass sich diese Potenziale richtig entfalten können.

Im Zuge der Corona Pandemie sind die vielen kleineren und größeren Hindernisse und Hürden, die jeder aus dem Alltag kennt, noch deutlicher zutage getreten und haben sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch Wirtschaft und Verwaltung vor große Herausforderungen gestellt. Die Kinder durften nicht mehr in die Schule gehen, viele Arbeitsstätten wurden vorübergehend geschlossen und einige Arbeitsplätze fielen weg, nachdem einige Branchen gänzlich stillgelegt wurden. Die Verwaltung leistet so gut es im Rahmen ihrer starren Strukturen geht, finanzielle Unterstützungen, um die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie zu lindern.

In vielen Bereichen haben wir in Thüringen seit Langem einen Innovationsstau. Bisher ist es nicht gelungen, die Chancen und Potenziale der Digitalisierung nutzbar zu machen. Während Bürger und Unternehmen digital leben und miteinander kommunizieren, ist der Kontakt mit der Verwaltung noch immer von Medienbrüchen geprägt. Die Wirtschaft reagiert mit digitalen Lösungen auf „Megatrends“ wie online communication oder digital health. Dagegen sitzt der öffentliche Sektor noch staunend an der Seitenlinie. Innovation, Forschung und Gründungen brauchen bessere Rahmenbedingungen und eine bessere Infrastruktur. Anpassungsfähigkeit, Flexibilität und Kreativität in der öffentlichen Verwaltung sind die Voraussetzungen für Wohlstand und Lebensqualität der Thüringerinnen und Thüringer.

Mehr denn je braucht es jetzt Mut zu Reformen und Veränderungen. Es darf nicht nur darum gehen, die Krise zu bewältigen, sondern auch darum, Perspektiven aufzuzeigen, die Wege in die Zukunft ebnen. Wir Freie Demokraten wollen diesen Pfad aus der Mitte der Gesellschaft heraus gestalten und beschreiten. Gerade jetzt muss sich die Kraft, die in jedem schlummert, bestmöglich entfalten können. Wir wollen, dass unser Freistaat wieder vor Kreativität sprüht, Erfindergeist weckt und Innovationen nicht nur kritisch beäugen. Wir wollen den Strukturwandel durch gezielte Maßnahmen vorantreiben und aktiv gestalten. Im Mittelpunkt aller Entscheidungen müssen allerdings stets die Menschen im Freistaat stehen. Das Kernanliegen des digitalen Wandels muss es sein, die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Digitale Lösungen bieten neue Wege für Chancen und Herausforderungen, die ganz real sind und die Menschen direkt betreffen.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

37. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 12./13. Juni 2021 in Erfurt

ANTRAG-NR. L1

Antragsinhalt: In der Krise die Chance. Thüringen fit machen für die Zukunft.

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

1. Wir wollen ein Thüringen, das zukunftsorientierte Rahmenbedingungen für Digitalunterricht an Thüringer Schulen setzt

Schule als Innovation Living Lab

Der digitale Unterricht ist wichtig für die Bewältigung der Krise. Er ist aber auch ein zentraler Bestandteil des Schulalltags der Zukunft. Wir brauchen daher einen langfristigen Rahmen für den Digitalunterricht. Neben der Bereitstellung von Systemen und Informationen müssen Rahmenbedingungen und Kriterien für den Digitalunterricht gesetzt werden, damit sich die Thüringer Lehrkräfte rechtssicher in der digitalen Welt bewegen können. Für die weitere Entwicklung des digitalen Unterrichtens ist daher die Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer ebenso von besonderer Bedeutung wie die Schaffung von Experimentierräumen, in denen die Lehrkräfte verschiedene Systeme ausprobieren und sich zu den eigenen Erfahrungen austauschen können. Nur so kann der kreative Innovationsprozess angestoßen werden, der aus der Schule von heute die Schule der Zukunft macht.

Schule muss auch in der Krise stattfinden

Distanzunterricht unter Einsatz digitaler Lernmanagement- und Videokonferenzsysteme, kann eine chancengerechte Teilnahme am Unterricht auch für Schülerinnen und Schüler ermöglichen, die längerfristig aufgrund von Gesundheitsrisiken nicht in der Schule anwesend sein können. Über die Bedingungen der Pandemie hinaus kann digitaler Distanzunterricht aber auch eine nützliche Methode zur Sicherstellung von Unterricht und zur individuellen Förderung sein. So können die Lehrkräfte auch mittels digitaler Instrumente Unterrichtsabsicherung im Distanzunterricht für eine oder mehrere Klassen ermöglichen oder nach dem Unterricht zusätzliche Video-Konsultationen anbieten. Wir Freie Demokraten wollen gemeinsam mit den Akteuren entsprechende Leitlinien erarbeiten, die eine rechtssichere Einbindung von digitalen Unterrichtsformen ermöglichen, indem sie unter anderem Kriterien festlegen, nach denen auch digitaler Distanzunterricht als dem Präsenzunterricht gleichgestellt gewertet werden kann. Dazu gehören Kriterien zur Sicherstellung von Interaktion zwischen Lehrkraft und Klasse, die Möglichkeit, im digitalen Distanzunterricht vermittelten Stoff in Leistungsnachweisen abzufragen, Rahmenbedingungen, unter denen im digitalen Distanzunterricht Leistungsnachweise erbracht und Leistungsstände kommuniziert werden können sowie die notwendigen technischen, organisatorischen und pädagogischen Voraussetzungen für einen solchen digitalen Unterricht.

Anbindung der Schulen an digitale Lernmanagementsysteme

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: In der Krise die Chance. Thüringen fit machen für die Zukunft.

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Um allen Schulen die Nutzung von digitalem Unterricht zu ermöglichen, müssen sie an digitale Lernmanagementsysteme angebunden werden. Wir Freien Demokraten setzen uns dafür ein, die technischen Voraussetzungen, die administrativen Kapazitäten und die entsprechenden Lizenzen an den Thüringer Schulen bereitzustellen.

2. Wir wollen ein Thüringen, das den Mittelstand zum Motor des Wiederaufbaus macht

Damit der Thüringer Mittelstand wieder zum Motor des wirtschaftlichen Wiederaufbaus werden und auch morgen noch erfolgreich den Wohlstand im Freistaat sichern kann, müssen wir die richtigen Impulse setzen. Dafür braucht es finanziellen Freiraum statt Belastungen, eine Verwaltung die sich als Partner versteht statt überbordender Bürokratie und die modernste Infrastruktur statt Löcher in Straßen und Funknetzen.

Thüringer Digitaloffensive

Wir fordern eine Ausbauinitiative für digitale Infrastruktur mit der Verlegung von Leerrohren, der Förderung des Glasfaserausbaus und endlich eine Netzabdeckung die diesen Namen auch verdient. Nur mit der modernsten Infrastruktur, schaffen wir auch moderne Wertschöpfung und Wohlstand in Thüringen.

Ausbildungsstandort Thüringen stärken

Auch in der Krise darf die Ausbildung unserer Fachkräfte von morgen nicht leiden. Jetzt muss alles dafür getan werden, damit Ausbildung planbar stattfindet. Das gilt sowohl für die aktuellen Abschlussjahrgänge als auch für die neuen Lehrlinge des Ausbildungsjahres 2020/21. Dabei muss die Ausbildung auch die Chancen digitaler Technik besser nutzen. Zusammen mit den Berufsschulen und den Kammern wollen wir sicherstellen, dass eine gute Ausbildung in allen Teilen unseres Freistaates möglich ist.

Fachkräftegewinnung priorisieren

Die zukünftige Lebensqualität der Thüringer Bürgerinnen und Bürger hängt maßgeblich davon ab, wie viele Menschen durch Arbeit zur Sicherung des sozialen Wohlstands in Thüringen beitragen. Bereits heute steht fest, dass die vorhandenen eigenen Potentiale nicht ausreichen, um den Bedarf an Fachkräften der nächsten Jahre zu decken. Entsprechend ist Thüringen auf die Einwanderung von qualifizierten Arbeitskräften angewiesen, wenn es seinen Wohlstand erhalten möchte. Die Gewinnung von Fachkräften besteht für uns aus zwei Säulen. Wir wollen uns um motivierte Menschen aus anderen Bundesländern bemühen und sie von Thüringen als Ort zum Leben und Arbeiten überzeugen. Außerdem fordern wir eine Neuauflage des Modellprojektes „Puma“

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: In der Krise die Chance. Thüringen fit machen für die Zukunft.

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

(Punktebasiertes Modellprojekt für ausländische Fachkräfte) in Thüringen. Dazu sind Kriterien festzusetzen, die sicherstellen, dass die Fachkräfte eine bestimmte Qualifikation besitzen und damit auch langfristig eine Chance auf dem deutschen Arbeitsmarkt haben. Neben entsprechenden Sprachkenntnissen bilden auch der Wille zur Integration maßgebliche Punkte.

Soloselbstständige besser fördern und als Unternehmer wahrnehmen

Einzelunternehmer wurden von der Corona-Krise besonders hart getroffen. Soloselbstständige, Freiberufler, Kunst- und Kulturschaffende leisten täglich einen unschätzbaren Beitrag für Wirtschaft und Gesellschaft. Diese Gruppe dürfen wir nun in der Krise nicht im Stich lassen. Selbstständige sind keine Erwerbstätigen zweiter Klasse. Sie müssen auch in der Krise fair behandelt werden und brauchen die Möglichkeit sich abzusichern. Wir fordern eine gerechte Behandlung in der Sozialversicherung, ein zeitgemäßes Statusfeststellungsverfahren, mehr Wahlfreiheit und weniger Bürokratie.

Freiräume statt Fesseln für den Thüringer Mittelstand

Wir fordern eine Industriepolitik für Thüringen, die diesen Namen auch verdient und über reine Ansiedlungspolitik hinausgeht. Thüringen braucht eine Politik die Arbeitsplätze in Sozialpartnerschaft hervorbringt. Dabei setzen wir Freie Demokraten auch auf die Tatkraft und Innovationsfähigkeit der Unternehmen. Für eine bessere Entfaltung muss Bürokratie reduziert werden. Der Staat soll ermöglichen nicht verhindern. Sonderwirtschaftszonen können hier ein Ort besonderen Fortschritts sein.

Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes

Die Krise hat uns vor Augen geführt, wie wichtig digitale Angebote der Verwaltung sind, um mit den Bürgern in Kontakt zu bleiben. Spätestens jetzt ist ein schneller Aufbau einer digitalen Verwaltung unumgänglich. Die Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes muss mit Hochdruck vorangetrieben werden. Mit dem Onlinezugangsgesetz (OZG) hat die Bundesregierung die Grundlage für einen deutschlandweit einheitlichen Zugang zu den digitalen Dienstleistungen aller öffentlichen Verwaltungen geschaffen. Bund, Länder und Kommunen sind danach verpflichtet, ihre Verwaltungsleistungen bis zum 31. Dezember 2022 auch elektronisch über Verwaltungsportale anzubieten. Wir Freie Demokraten setzen uns für eine zügige OZG-Umsetzung in Thüringen ein und fordern, das Schriftformerfordernis in Papierform gesetzlich abzuschaffen und in Ausnahmefällen auf die Fälle zu beschränken, in denen die Papierform tatsächlich zwingend ist. Ein solches Gesetz müsste entsprechend auch bestehende Möglichkeiten der Verifizierung in digitalen Transaktionen definieren sowie die Anforderungen an Anlagen zur Nutzung in Verwaltungsverfahren festlegen. Die

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: In der Krise die Chance. Thüringen fit machen für die Zukunft.

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Reduzierung der Schriftformerfordernisse und des persönlichen Erscheinens würde für Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen wie für Unternehmen eine deutliche Vereinfachung von Verwaltungsabläufen bedeuten.

Aufgabenkritik und Neuordnung von Verwaltungsprozessen

Die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung ist eine große, unumgängliche Herausforderung, der mit der nötigen Professionalität begegnet werden muss. Hierzu braucht es schlagkräftige Organisationseinheiten mit speziell geschultem Personal in der Verwaltung. Die Etablierung eines nutzerorientierten e-Governments in Thüringen erfordert eine grundsätzliche Abkehr von tradierten Verwaltungsprozessen. Neben einer obligatorischen Aufgabenkritik fordern wir grundlegende Änderungen in der Ablauf- und Aufbauorganisation vorzunehmen, um das Potenzial der Verwaltungsinformatik auszuschöpfen. Dazu gehören auch Projektmanagementstrukturen, um eine professionelle Durchführung von Digitalisierungs- und IT-Projekten zu ermöglichen.

Innenstädte beleben- lokale Anbieter attraktiver machen

In unseren Innenstädten sind die Auswirkungen der Corona-Krise besonders deutlich zu sehen. Die Einzelhändler und Gastronomen leiden bis heute am schwersten unter der Pandemie. Aber sie sind es gleichzeitig auch, die unsere Innenstädte zu dem machen, was sie sind, ein Ort der Begegnung, des Austausches und Zentrum des sozialen Miteinanders. Wir wollen, dass dies auch in Zukunft so bleibt. Daher setzen wir uns dafür ein, dass wenigstens ein Teil der verlorenen Umsätze jetzt nachgeholt werden kann. Dabei vertrauen wir den zahllosen Ladenbesitzern beim verantwortungsvollen Umgang mit den wieder gewonnen Freiheiten. Für die schnelle Wiederbelebung brauchen wir ein Aussetzen des Sonntagsöffnungsverbotes und eine generelle Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten. Die Samstagsarbeitsbeschränkung muss aufgehoben werden, damit arbeiten darf, wer arbeiten will. Weitere Maßnahmen sind die Erweiterung von nutzbaren Außenflächen und steuerliche Entlastungen. Hierbei muss den Kommunen mehr eigener Handlungsspielraum eingeräumt werden.

3. Wir wollen ein Thüringen, das in die Stabilität des demokratischen Rechtsstaats vertraut

Bessere personelle und technische Ausstattung der Polizeibeamten

Die Thüringer Polizei wird aktuell von der Landesregierung im Stich gelassen. Weiterentwicklungen wie im Projekt SmArTh (Sicheres mobiles Arbeiten Thüringer Polizei) beschrieben scheitern an bürokratischen Hürden, die längst abgebaut sein könnten. Damit kämpfen unsere Polizisten noch immer mit der Technik des 20. Jahrhunderts gegen Verbrecher des 21. Jahrhunderts. Wir fordern daher, dass die notwendigen IT Ausstattungen (z.B. Messangerdienst, mobile Endgeräte, interaktiver Funkstreifenwagen etc.) für die Polizei eingeführt werden, damit eine sichere Kommunikation

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

ermöglicht wird. Dadurch wird es auch möglich sein, Polizisten von sinnloser Bürokratie zu befreien, damit mehr Zeit für die Anliegen der Bürger bleibt. Zudem wollen wir die Ausbildung am Standort Meiningen mit der Verwaltungsfachschule in Gotha verbinden, um Synergien zu nutzen und mehr Polizisten in Thüringen auszubilden.

Stärkung des Rechtsstaates durch Stärkung der Institutionen

Die Justiz steht heute vor neuen großen Aufgaben. Verwaltungsgerichte ächzen unter der hohen Last von Verfahren. Staatsanwälte sind nicht mehr in der Lage, Ermittlungsverfahren zeitnah und vertieft zu bearbeiten. Strafprozesse können nicht zügig genug durchgeführt oder mangels personeller Kapazitäten gar nicht erst eröffnet werden. Tatverdächtige müssen wegen überlanger Untersuchungshaft freigelassen werden. Deshalb wollen wir auch die personellen und sachlichen Kapazitäten und Mittel der Justiz so aufstocken, dass die Justiz endlich wieder gut ausgestattet ist und ihre Aufgaben zügig erfüllen kann. Wir fordern die Möglichkeit der Einführung eines Teilzeit-Referendariats, um bereits im Studium die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und die Justiz attraktiver als Arbeitgeber zu machen. Zugleich wollen wir Richterstellen an Thüringer Gerichten nach altersbedingtem Ausscheiden von Richtern, unverzüglich nachbesetzen und neue Stellen für Staatsanwälte und Richter schaffen. Wir setzen uns für ein Personalmanagement ein, das rechtzeitig vor dem altersbedingten Ausscheiden von Personal dafür sorgt, dass Wissen und Fähigkeiten nicht verloren gehen. Um die Chancen der Digitalisierung zu nutzen, wollen wir eine schnellere und bessere IT-Ausstattung und Versorgung der Justiz mit Breitbandinternet sowie schnellere und größere Speicherkapazitäten ermöglichen. Die Juristenausbildung in den einzelnen Bundesländern muss vergleichbarer werden. Wir fordern daher die FDP Bundestagsfraktion auf, eine entsprechende Initiative mit den Landtagsfraktionen zu erarbeiten. Wichtig ist dabei auch die Anpassung der Ausbildung an die Anforderungen von heute. Es muss mehr Wert auf die Vermittlung digitaler Arbeits- und Recherchetechniken und -methoden gelegt werden. Für die Ausbildung der Referendare benötigen wir mehr Ausbilder. Für Juristen muss die Nebentätigkeitsgenehmigungspraxis vereinfacht werden.

4. Wir wollen ein Thüringen, das die Chancen der Digitalisierung im Gesundheitswesen ausschöpft, um Innovationen, Versorgungssicherheit sowie hochwertige und effiziente Versorgungsstrukturen zu gewährleisten

Digitalisierung des Gesundheitswesens vom Patienten denken und gestalten

Digitale Informations- und Kommunikationstechnologien durchdringen heutzutage nahezu alle Bereiche unseres Alltags. Auch im Gesundheitswesen können sie einen entscheidenden Beitrag zur

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: In der Krise die Chance. Thüringen fit machen für die Zukunft.

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

Verbesserung der Gesundheitsversorgung leisten. So können digitale Lösungen die Patientensicherheit verbessern, die Qualität der Behandlungsergebnisse erhöhen und die wirtschaftliche Effizienz und Nachhaltigkeit des Gesundheitssystems steigern. In einer immer älter werdenden Gesellschaft, in der auch immer mehr Menschen chronisch erkranken, müssen die Akteure innerhalb des Gesundheitssystems gemeinsame Anstrengungen unternehmen, um die Gesundheitsversorgung weiterhin auf einem hohen Niveau zu gewährleisten. Um das Potenzial der Anwendung von zeit- und ortsunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnologien zu heben, fordern wir eine kohärente Gesamtstrategie, die die Digitalisierung im Gesundheitswesen ausgehend von den Patientinnen und Patienten denkt und gestaltet. Nur mit einem ganzheitlichen Ansatz, der neben den unterschiedlichen Versorgungsebenen auch die verschiedenen Akteure des Gesundheitswesens berücksichtigt, ist es unter Einsatz von telemedizinischen Lösungen und Künstlicher Intelligenz möglich, Krankheiten früher zu erkennen, die Patientensicherheit zu verbessern, die Qualität der Behandlungsergebnisse zu erhöhen und Klinikaufenthalte zu vermeiden oder zu verkürzen.

Förderung der Gesundheitskompetenzen der beteiligten Akteure

Um die Chancen der Digitalisierung im Gesundheitswesen zu nutzen, müssen Ärzte, Pfleger, Therapeuten und Patienten in die Lage versetzt werden, digitale medizinische Anwendungen zu verstehen. Wir Freie Demokraten fordern daher eine Reform der medizinischen Aus- und Weiterbildung und eine stärkere Einbindung der Seniorinnen und Senioren in die Möglichkeiten der Anwendung digitaler Gesundheitsleistungen. Damit Ärztinnen und Ärzte Zugang zu fundierten Kenntnissen über digitale Gesundheitsanwendungen erhalten und diese anwenden können, wollen wir mittelfristig einen Modellstudiengang „Digital Health“ am Universitätsklinikum Jena etablieren und verstärkt in die digitale Weiterbildung des medizinisch-pflegerischen Personals investieren. Zugleich müssen aber auch Seniorinnen und Senioren über ein Mindestmaß an Gesundheits- und Medienkompetenzen verfügen, um in Zukunft die mit dem Digitale-Versorgung-Gesetz (DVG) in die Regelversorgung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) eingeführten „App auf Rezept“ auch tatsächlich nutzen zu können.

e-Health und MedTech Cluster im Freistaat Thüringen schaffen

Als Innovationscluster leisten Netzwerke einen wesentlichen Beitrag zur regionalen und überregionalen Zusammenarbeit. Unternehmen vernetzen sich untereinander sowie mit Forschungsinstituten, Hochschulen und sonstigen wirtschaftsnahen Einrichtungen. Um die Zusammenarbeit zwischen der Thüringer e-Health- und MedTech-Industrie und den Thüringer Hochschulen in Jena und Ilmenau anzustoßen, setzen wir uns für eine Cluster-Initiative ein. Sowohl

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: In der Krise die Chance. Thüringen fit machen für die Zukunft.

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

die Medizinische Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena als auch das Institut für Biomedizinische Technik und Informatik der Technischen Universität Ilmenau schauen aus unterschiedlichen Perspektiven auf dasselbe Problem und könnten im Rahmen einer hochschulübergreifenden Partnerschaft und in Zusammenarbeit mit den Akteuren und Vertretern der Thüringer Gesundheitswirtschaft gemeinsame innovative Lösungen entwickeln. Mit dem Cluster könnte ein Netzwerk zur Stärkung der heimischen e-Health und Medtec-Industrie entstehen, das einen Wissenstransfer zwischen Industrie und Wissenschaft ermöglicht. Von dieser Maßnahme sollen langfristig die Bürgerinnen und Bürger profitieren, indem wir ihnen Zugang zu neuen bedarfsgerechten Versorgungsformen ermöglichen.

Ein Thüringer Kompetenzzentrum zur Entwicklung innovativer Versorgungsformen

Die Stärkung der medizinischen Versorgung in den ländlichen Räumen ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Alle Menschen müssen im Krankheitsfall eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung erhalten. Die Anwendung von zeit- und ortsunabhängigen Informations- und Kommunikationstechnologien birgt großes Potenzial und Chancen, um dieses Ziel zu erreichen. Der digitale Fortschritt erlaubt bereits heute, viele ehemals im Krankenhaus verorteten Leistungen ambulant zu erbringen. Wir Freien Demokraten fordern daher die Einrichtung eines digitalen Kompetenzzentrums zur Entwicklung innovativer Versorgungsformen. Das Kompetenzzentrum bildet als Projektmanagementgesellschaft dauerhaft die organisatorische Struktur, um die aus Selbstverwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft angebotenen Kompetenzen und Leistungen konkret und projektorientiert zu bündeln. Neben der Beratung der bei der gezielten Nutzung der Förderstrukturen und -programme auf EU-, Bundes- und Landesebene leistet das Zentrum Unterstützung bei der Ausgestaltung von bedarfsgerechten Versorgungsketten mithilfe von telemedizinischen und E-Health-Lösungen.

Einrichtung von Modellregionen, um innovative Lösungen zu testen

Wir setzen uns dafür ein, in Thüringen eine Testregion zu initiieren, in der neue Entwicklungen getestet werden können. Gerade in strukturschwachen Gegenden mit begrenzter ärztlicher Akutversorgung könnten telemedizinische Versorgungsmodelle eingesetzt und eine bessere Akutversorgung ermöglicht werden. Die Konzeption der Testregion erfolgt entlang der Prozessstrukturen des Thüringer Kompetenzzentrums für Telemedizin und e-Health und ist an das Netzwerk des Thüringer Industrie- und Wissenschaftsclusters angebunden. Auf diese Weise wird die Vernetzung zwischen innovativen Herstellern, Kassen und den beteiligten Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sichergestellt. Die dauerhaft etablierte Erprobungsregion kann auch von weiteren Partnern des Gesundheitssystems, etwa der Software und pharmazeutische Industrie und

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: In der Krise die Chance. Thüringen fit machen für die Zukunft.

Antragsteller: Landesvorstand

Der Landesparteitag möge beschließen:

App-Herstellern, genutzt werden, ohne dass es immer wieder zu einer für alle Seiten aufwändigen Suche und dem erneuten zeit- und kostenintensiven Aufbau von Teststrukturen kommt.

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: Verkehrssicherheit erhöhen, Menschenleben schützen

Antragsteller: Otmar Ganter

Der Landesparteitag möge beschließen:

Verkehrssicherheit erhöhen, Menschenleben schützen:

Einrichtungen zur Erleichterung der Eisentfernung (z.B. Safety Roof) von Dachflächen auf LKW mit Plane sollen verpflichtend eingeführt werden.

Begründung:

Im Winter bilden sich Eisplatten auf Dächern von LKW mit Plane. Diese müssen vor Fahrtbeginn vom Fahrzeug geräumt werden. Dem entgegen steht jedoch das Problem, dass laut der Berufsgenossenschaft ein Lkw-Fahrer nicht auf das Dach seines Fahrzeuges steigen darf, um Eisplatten zu entfernen.

Sollten sich Eisplatten auf dem Fahrzeug befinden und während der Fahrt lösen, besteht eine große Gefahr, dass andere Verkehrsteilnehmer gefährdet werden können. Sollten durch herunterfallende Eisplatten andere Verkehrsteilnehmer zu Schaden kommen, handelt es sich um einen Vorfall, bei welchem dem Fahrer eine Straftat vorgeworfen wird. Einrichtungen zur Erleichterung der Eisentfernung (z.B. Safety Roof) von Dachflächen auf LKW mit Plane wären daher ein sinnvoller Beitrag zur Verkehrssicherheit. Weiterhin würde den Fahrzeugführern eine Hilfestellung gegeben werden, um rechtssicher ihre Fahrzeugdächer von Eis zu befreien.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: Fristen für Baum-und Strauchschnitt liberalisieren

Antragsteller: Kreisverband Greiz

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Thüringen setzt sich für eine Liberalisierung der Fristen des §39(5)2. BNatschG für Baum-und Strauchschnitt in Abhängigkeit der regionalen Witterungs- und Klimaverhältnisse ein und bittet die Bundestagsfraktion, eine entsprechende Gesetzgebungsinitiative zu veranlassen.

Begründung:

1. Die bundeseinheitliche Terminfestsetzung trägt den höchst unterschiedlichen Witterungsbedingungen in Deutschland keine Rechnung. Zum gleichen Zeitpunkt, an dem in Berlin oder am Rhein bereits Bäume und Sträucher sprießen, kann im Thüringer Wald, im Vogtland bzw. im Bayrischen Wald, im Schwarzwald oder in den Alpen noch tiefster Winter herrschen, so dass der Baum-und Strauchschnitt in der zulässigen Zeit oftmals kaum ohne Schädigung der Pflanzen möglich ist und die betroffenen Grundstückseigentümer ein wesentlich kleineres Zeitfenster zur Verfügung haben als die Grundstückseigentümer in klimatisch günstigeren Lagen.

2. Denkbar scheint eine Einteilung in Witterungszonen analog zu den Frosteinwirkungszonen der Richtlinien für den Straßenoberbau (RStO), wobei in Zone II ein um 14 Tage erweitertes und in Zone III ein um 4 Wochen erweitertes Zeitfenster sinnvoll sein dürfte.

3. Ist eine Einteilung in Witterungszonen nach Punkt 2. dieser Begründung nicht möglich, sollen die Landesregierungen bzw. die ihnen nachgeordneten Naturschutzbehörden ermächtigt werden, den für Baum-und Strauchschnitt zulässigen Zeitraum in Abhängigkeit von den regionalen Bedingungen zu erweitern.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

37. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 12./13. Juni 2021 in Erfurt

ANTRAG-NR. 03

Antragsinhalt: Politik, die transparente Haushaltsführung kann

Antragsteller: Dorotee von Hoff, Christoph Hubrich

Der Landesparteitag möge beschließen:

Thüringen und auch der Bund rechnet in Jahresscheiben. Die (Steuer-)einnahmen werden gegen die Ausgaben gestellt.
Transparenz entsteht jedoch, wenn künftige Verpflichtungen und die Nutzungsdauer von Investitionen im Haushalt sichtbar sind.

Wir Freien Demokraten Thüringen fordern:

- Eine Umstellung auf eine Doppelte Buchführung auch für den Thüringer Landeshaushalt in den nächsten 10 Jahren.
- Wie im Jahr 2017 soll die Forderung nach Doppik im Bundestagswahlprogramm auftauchen.

Begründung:
Wir Freien Demokraten stehen für eine Politik, die rechnen kann, wie es im Leitbild heißt. Dazu braucht es eine vollständige Informationslage. Wir setzen uns für Generationengerechtigkeit ein, das lässt sich mit dieser Art der Zahlen viel besser begründen. Politik macht gern Versprechungen, deren finanziellen Folgen erst in der Zukunft sichtbar werden - das wir durch eine doppische Buchführung viel besser sichtbar.

Aktuell gibt es eine implizite Staatsverschuldung, die insbesondere Pensionslasten umfasst, die jedoch in den normalen Haushalten nicht sichtbar sind. Implizite Staatsverschuldung ist jedoch ein stehender Begriff und einige Finanzwissenschaftler widmen der Ermittlung dieser viel Aufwand. Andererseits haben die öffentlichen Haushalte die Tendenz zu wenig zu investieren, da die Anschaffungskosten in einer Periode im Haushalt sichtbar werden und nicht - wie es fair wäre - als Abschreibungen über die gesamte Nutzungsdauer.
Im Sinne von Vergleichbarkeit ist eine europaweit einheitliche, vergleichbare öffentliche Haushaltsführung anzustreben. Parlamente haben nur mit der transparenteren Rechnungslegung die volle Übersicht über die Finanzen und können dadurch bessere, informierter Entscheidungen treffen.

****
angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

37. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 12./13. Juni 2021 in Erfurt

ANTRAG-NR. 03

Antragsinhalt: Politik, die transparente Haushaltsführung kann

Antragsteller: Dorotee von Hoff, Christoph Hubrich

Der Landesparteitag möge beschließen:

Im Jahr 2011 wurde auf Ebene der EU beschlossen EPSAS, eine Doppik, zum Standard zu machen.

Bis auf Deutschland, die Niederlande und Irland haben dies auch alle EU Mitgliedsstaaten umgesetzt. In Deutschland hat Hessen 2009 eine Umstellung auf Doppik vorgenommen. Andere Bundesländer folgten.

Zu den Kosten einer solchen Umstellung gibt es widerstreitende Aussagen. Die Skeptiker warnen vor hohen Kosten. Berater, die sich mit dem Thema befasst haben, sind hier optimistischer.
In jedem Fall ist von den Erfahrungen Hessens zu lernen.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

37. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 12./13. Juni 2021 in Erfurt

ANTRAG-NR. 04

Antragsinhalt: Besoldung Polizei, Änderung des Thüringer Besoldungsgesetzes

Antragsteller: Mike Wündsch (KV Gotha)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Thüringen spricht sich dafür aus, dass Polizisten die im aktiven Einsatz auf der Straße, bei Veranstaltungen, in Stadien etc.) direkt in den gehoben Dienst berufen bzw. befördert werden.

Die entsprechenden landesrechtlichen Regelungen sind anzupassen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

37. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 12./13. Juni 2021 in Erfurt

ANTRAG-NR. 05

Antragsinhalt: Gendern - Selbsternannte Sprachwächterinnen oder Sprachwächter dürfen nicht durch gesellschaftlichen Druck entscheiden, was gesagt werden darf. Insbesondere ist uns genaue Sprache in Behörden wichtig.

Antragsteller: Annett Hänel, Petra Teufel, Reinhard Kitzig, Alexandra Drechsler

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir Freien Demokraten stehen zur Freiheit der Meinung, des Wortes und der Schrift. Im Sinne der Pluralität stellen wir uns gegen die Ausgrenzung von Menschen. Insbesondere lehnen wir direkte politische Sprachlenkung hin zur sogenannten gendergerechten Sprache ab. Wir respektieren den modernen Sprachwandel und sind gleichzeitig der Überzeugung, dass Sprache von den Menschen weiterentwickelt wird, die sie sprechen, nicht von der Politik oder einzelner Interessengruppen.

Begründung:

Wir Freien Demokraten sind offen für sprachlichen Wandel. Wir sehen es aber explizit nicht als politische Aufgabe an, den sprachlichen Wandel in eine Richtung zu steuern, in der er einer politischen Überzeugung gefällig ist. Wir fassen es aber als politische Aufgabe auf, uns gegen die Ausgrenzung von Menschen zu stellen aufgrund ihrer Sprache oder Ausdrucksweise. Wir kämpfen für die Gleichberechtigung der Geschlechter gemeinsam mit allen, die als Ziel Chancengleichheit in einem fairen Wettbewerb haben. Ob man sich dabei für oder gegen Gendersternchen entscheidet, gibt für uns nicht den Ausschlag. Unser Leitgedanke ist die Pluralität. Dringende Zukunftsthemen bedürfen der Kooperation und nicht der Ausgrenzung. Daher ist die Kompromisslosigkeit mit der Ressentiments im Sprachgebrauch konstruktiver Politik im Wege stehen, unangebracht. In Zeiten des Wandels ist Sprache das Instrument ist, mit dem die Erzählungen des Wandels transportiert werden. Die Sprache orientiert sich aber natürlicherweise an der Lebenswirklichkeit der Menschen. Grundsätzlich befürworten wir Freien Demokraten den modernen Sprachwandel. Aber Sprachwandel muss einleuchtend und überzeugend sein. Direkte politische Sprachlenkung lehnen wir in einer freiheitlichen demokratischen Gesellschaft ab. Ebenso die durch zu starken Fokus auf die Frage, ob "korrekt gendert" wurde, entstehenden Feindbilder und unnötigen Schlachtfelder. Wir wollen im Umgang mit Sprache die Eigenverantwortung stärken und auf eine Sprache achten, die genau und wirklichkeitsgetreu ist. Wenn im

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

37. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 12./13. Juni 2021 in Erfurt

ANTRAG-NR. 05

Antragsinhalt: Gendern - Selbsternannte Sprachwächterinnen oder Sprachwächter dürfen nicht durch gesellschaftlichen Druck entscheiden, was gesagt werden darf. Insbesondere ist uns genaue Sprache in Behörden wichtig.

Antragsteller: Annett Hänel, Petra Teufel, Reinhard Kitzig, Alexandra Drechsler

Der Landesparteitag möge beschließen:

Polizeibericht "ein verletzter Radfahrender ins nächste Krankenhaus gebracht wird", dann ist das schlicht und einfach nicht korrekt, da die Person nicht mehr Rad fährt. Wir Freien Demokraten sind gegen politische Sprachverbote und -vorschriften. Wir stellen uns aber nicht gegen den sprachlichen Wandel. Vielmehr machen wir uns die Mühe, darauf zu achten, ob das mündlich oder schriftlich Geäußerte wirklich das ist, was wir ausdrücken wollen. Dann können wir auf Gender-Zeichen jeder Art verzichten.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

37. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 12./13. Juni 2021 in Erfurt

ANTRAG-NR. 06

Antragsinhalt: Auflösung des Thüringer Landtages

Antragsteller: Mike Wündsch (KV Gotha)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Thüringen fordert die derzeitige FDP Landtagsfraktion auf, baldmöglichst einen Antrag auf Auflösung des aktuellen Thüringer Landtags zu stellen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

37. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 12./13. Juni 2021 in Erfurt

ANTRAG-NR. 07

Antragsinhalt: Fahrtkosten

Antragsteller: Michael Schubert, KV Jena-Saale-Holzland

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Thüringer MDB´s werden aufgefordert, einen Antrag mit folgender Intention über die Bundestagsfraktion in den Bundestag einzubringen:

Getrenntlebenden Elternteilen wird ermöglicht, Fahrtkosten, die beim Besuch des eigenen Kindes an dessen Hauptwohnsitz bzw. dem Abholen und Bringen des eigenes Kindes zum Wohnsitz des räumlich getrennt lebenden Elternteiles, steuerlich analog der Fahrtkosten zum Arbeitsort (aktuell: 1 Strecke, 0,30 €/km) als Werbungskosten geltend zu machen.

Begründung:

Das von der FDP bevorzugte Wechselmodel ist in der Praxis nicht bzw. nur begrenzt zielführend. Bei einer räumlichen Trennung über Kreis-/Landesgrenzen hinweg ist diese Model nicht umsetzbar.

Daher hat ein gemeinsames Kind i.d.R. einen festen Wohnsitz von dem aus es Kindergarten, Schule u.ä. besucht. Das ist wichtig um ein normales Leben, in geregelten Bahnen für ein Kind zu ermöglichen, da die meisten Kinder ständige Veränderungen als störend für ihr Wohlbefinden einschätzen.

Auf Grund von sich ändernden Voraussetzungen (neue Beziehungen, Arbeitsplatzwechsel u.ä.) bei den Elternteilen kann die daraus entstehende Entfernung zum eigenen Kind (verschuldet oder unverschuldet) eine finanzielle Herausforderung werden. Zusätzlich zu den Unterhaltskosten (z.B. nach Düsseldorfer Tabelle) entstehen dann Kosten die allein beim räumlich getrenntlebenden Elternteil hängen bleiben. Um nun beiden, Kind und Elternteil regelmäßige Zeiten zu ermöglichen, die nicht an fehlenden finanziellen Ressourcen scheitern dürfen, sollte man die Möglichkeit haben, zumindest einen Teil der Fahrtkosten steuerlich absetzbar zu machen, denn das gesparte Geld, kommt i.d.R. doch dem Kind zugute, sei es für Aktivitäten oder für Besuche generell. Für den Umgang ist auch Digitalisierung kein Ersatz.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

37. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 12./13. Juni 2021 in Erfurt

ANTRAG-NR. 08

Antragsinhalt: Erwerb der Führerschenklasse B mit 16 ermöglichen

Antragsteller: Reginald Hanke, William Schlosser

Der Landesparteitag möge beschließen:

Im Sinne eines umfassenden Mobilitätsangebotes in ländlichen Regionen, soll es künftig möglich sein, dass Jugendliche mit Vollendung des 16. Lebensjahres den Führerschein der Klasse B erwerben.

Dies soll unter folgenden Voraussetzungen ermöglicht werden,

• entweder ein Erziehungsberechtigter, oder eingetragener Mitfahrer nimmt auf dem Beifahrersitz Platz, analog zum bereits etablierten Modell begleitetes Fahren ab 17,

• oder ein technisches Hilfsmittel z.B. eine "Kontrolleinrichtung" der die Fahrleistungen des benutzen Fahrzeugs begrenzt ist verbaut.

Begründung:

Zur Stärkung des ländlichen Raumes soll jungen Menschen ein Mobilitätsangebot gemacht werden, welches ihnen das Erreichen von gesellschaftlicher Teilhabe, oder den Besuch der Berufsschule, unabhängig von in großen Teilen des Landes nur unzureichend ausgebauten Angeboten des ÖPNV ermöglicht. Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

37. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 12./13. Juni 2021 in Erfurt

ANTRAG-NR. 09

Antragsinhalt: : Annahme der Wahl zum Amt des Thüringer Ministerpräsidenten durch Thomas Kemmerich.

Antragsteller: Mike Wündsch (KV Gotha)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der Thüringer FDP Thomas Kemmerich hat sich am 5. Februar 2020 mit den Stimmen des Faschisten Höcke und der AfD Landtagsfraktion Thüringen zum Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen wählen lassen.

Die Thüringer FDP verurteilt und distanziert sich zu diesem, in der Geschichte der FDP einmaligen und in erheblichen Widerspruch zu den Grundsätzen unserer liberalen Partei stehenden Vorgangs.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

37. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 12./13. Juni 2021 in Erfurt

ANTRAG-NR. 10

Antragsinhalt: : Kultur als Staatsziel ins Grundgesetz

Antragsteller: Mike Wündsch (KV Gotha)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Thüringen spricht sich dafür aus, dass Kultur als weiteres Staatsziel ins Grundgesetzt der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen wird.

Die Bundestagsfraktion der FDP wird aufgefordert, in der kommenden Legislaturperiode eine entsprechende Initiative für die Änderung des Grundgesetzes auf den Weg zu bringen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

37. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 12./13. Juni 2021 in Erfurt

ANTRAG-NR. 11

Antragsinhalt: : Umgang mit Dr. Ute Bergner (MdL)

Antragsteller: KV Gotha, KV Hildburghausen, KV Weimar ,Jens Panse, Sebastian Böhme, Kay Rösler, Dorothee von Hoff, Marc Frings

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Glaubwürdigkeit einer Partei ist wesentlich von ihren Funktions- und Mandatsträgern abhängig. Aus diesem Personenkreis stammende öffentliche Bekenntnisse, für konkurrierende Parteien oder Wahllisten kandidieren zu wollen, untergraben diese Glaubwürdigkeit sowie das Vertrauen der eigenen Wählerinnen und Wähler fundamental. Die FDP Thüringen empfiehlt der Fraktion der Freien Demokraten im Thüringer Landtag daher den umgehenden Ausschluss des Fraktionsmitglieds Dr. Ute Bergner aus der Fraktion.

Begründung

- **29.01.2020** Kündigung der Mitgliedschaft in der Landtagsfraktion, vereinbartes Stillschweigen über den Austritt bis zum 20.03.2020[1]
- **22.02.2020** erste Demonstration der “Bürger für Thüringen” “ “für ein freiheitliches und demokratisches Thüringen”, u.a. mit Kritik am politischen Druck aus der Bundespolitik auf Thomas Kemmerich, welcher schließlich angeblich zu dessen Rücktritt führte. Der Vorstand des Kreisverbandes Erfurt beschließt, seinen Mitgliedern von einer Teilnahme abzuraten.
- **16.03.2020** Kündigung der Mitgliedschaft in der FDP zum 31.03.2020 - Verbreitung der Nachricht via WhatApp-Status[2]
- **27.03.2020** Mitgliederschreiben des Landesvorstands Thüringen in dem Dr. Ute Bergner aufgefordert wird ihr Mandat zurückzugeben. Ebenfalls wird Frau Bergner aufgefordert, die Arbeitsfähigkeit der Fraktion zu gewährleisten[3].
- **10. 04.2020** Pressebericht über die Ankündigen der Austritte, die aber nicht vollzogen wurden. Stellungnahmen von Frau Dr. Bergner und Herrn Kemmerich[4]. Erstmalige Differenzierung zwischen Austritt und Ankündigung des Austritts

[1] https://drive.google.com/file/d/1kPj_RFKXuqdtFGM7Ld7_MTmNTOVjohzK/view?usp=sharing
[2] https://drive.google.com/file/d/1nSBgOhI1ozocJ7WcYJJSaheacHLrrlJb/view?usp=sharing
[3] https://drive.google.com/file/d/17IlULyei_lUL5_8a9X_vkhmI--_hR-gQ/view?usp=sharing
[4] https://drive.google.com/file/d/1JEKBsC0Ehe33GR1IAtvGBz37PeCuUfQb/view?usp=sharing

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

37. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 12./13. Juni 2021 in Erfurt

ANTRAG-NR. 11

Antragsinhalt: : Umgang mit Dr. Ute Bergner (MdL)

Antragsteller: KV Gotha, KV Hildburghausen, KV Weimar ,Jens Panse, Sebastian Böhme, Kay Rösler, Dorothee von Hoff, Marc Frings

Der Landesparteitag möge beschließen:

- **30.05.2020** Vereinsgründung "Bürger für Thüringen", Dr. Ute Bergner wird dessen Co-Vorsitzende[5]. Der Antritt zur Landtagswahl wird angekündigt
- **28.08.2020** Pressebericht über eine "ruhende Mitgliedschaft" Ute Bergner in der FDP. Der Austritt sei weiterhin geplant, der Zeitpunkt hierfür jedoch offen[6].
- **12.10.2020** Pressebericht über die Ankündigung der Parteigründung[7]. r. Ute Bergner will nicht der Partei beitreten, aber Vorsitzende des gleichnamigen Vereins bleiben. Sie ist laut dem Bericht weiterhin Mitglied der FDP, hat ihren diesbezüglichen Austritt "nur" angekündigt.
- **14.11.2020** Pressebericht über die Austritte von Dr. Ute Bergner. Ankündigung, die Spitzenkandidatur bei der nächsten Landtagswahl als Parteilose Kandidatin für die noch zu gründende Partei anzustreben[8].
- **27.11.2020** Parteigründung "Bürger für Thüringen" (terminiert).

<u>Auswahl der Aktivitäten des Vereins "Bürger für Thüringen"</u>

- **29.06.2020** und ff. Aussagen zur Wirkung von Vitamin D auf Covid-19. Ein normaler Vitamin D Spiegel im Blut verhindere die Replikation der Corona-Viren und ist somit ein wirksamer und ausreichender Schutz vor schweren Covid-19 Verläufen.
  Diese Thesen werden bei Salve TV[9] vertreten und auch später immer wieder bei den BfTH social media oder Pressestatement[10] aufgegriffen.

[5] https://www.mdr.de/video/mdr-videos/d/video-414438.html[5]
https://drive.google.com/file/d/1nm4yxxiSSV_O7rvT0pBpR4uQS9GF9_8L/view?usp=sharing
[6] https://drive.google.com/file/d/1nm4yxxiSSV_O7rvT0pBpR4uQS9GF9_8L/view?usp=sharing
[7] https://drive.google.com/file/d/1gVuZVb9re0v2nk4XLbxxAo66bcb6dAST/view?usp=sharing
[8] https://drive.google.com/file/d/1sH-S6QtgY_9P4EIfY2pd51swufqyfSut/view?usp=sharing
[9] http://www.salve.tv/tv/Salve/21316/Das-System-Mensch---Immunsystem-staerken
[10] https://www.buergerfuerthueringen.de/bruecken-bauen-zwischen-parlament-und-buergern

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

37. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 12./13. Juni 2021 in Erfurt

ANTRAG-NR. 11

Antragsinhalt: : Umgang mit Dr. Ute Bergner (MdL)

Antragsteller: KV Gotha, KV Hildburghausen, KV Weimar ,Jens Panse, Sebastian Böhme, Kay Rösler, Dorothee von Hoff, Marc Frings

Der Landesparteitag möge beschließen:

- **05./06.09.2020** Teilnahme an der "Vollversammlung der wahren Schwarmintelligenz", einer Veranstaltung von Klaus Kelle, bei welcher sich verschiedene Referenten vom Konservativen bis zum politisch rechtspopulistischen Spektrum trafen. Referenten u.a. Markus Krall und Vera Lengsfeld[11]

  Blogeintrag auf ihrer Website: https://www.utebergner.de/einen-statt-spalten/
- **01.08.2020** Aufruf und Teilnahme an der Berliner Corona-Demonstration "Für Freiheit und Demokratie" (Frau Dr. Bergner nicht anwesend), Behauptung bis zu 1 Mio. Menschen hätten teilgenommen. Keine Distanzierung zu Querdenken oder anderen Verschwörungstheoretikern, die dort teilnahmen.[12]
- **19.02.2020/28.07.2020** Plädoyer für Expertenregierung und wechselnde Mehrheiten im Landtag, was ausdrücklich die AfD und die LINKE einschließt. Entwurf von grundsätzlich anderer Rolle und Funktionsweise von Legislative und Exekutive. Erstmals in der OTZ vorgestellt[13] und später vom Verein an diversen Stellen wieder aufgegriffen[14].
- **03.04.2020** Am Vorabend der 2. MP Wahl dieser Legislatur "Mahnwache für Freiheit und Demokratie" an der Erfurter Stasi-Zentrale. Ebenso wie die AfD, an anderer Stelle, versammelte man sich im Kerzenschein.

  Dieses Schild wird eine Konstante auf vielen BfTH Veranstaltungen bleiben.

[11] https://drive.google.com/file/d/1aFuxY1S9awB4KhjZaPWY6Vg55s8AEBi-/view?usp=sharing
[12] https://www.facebook.com/buergerfuerthueringen/posts/167058461539771
[13] https://drive.google.com/file/d/1HLD9Ikcl-G02Qa7V6FFTa9PneSphV5w6/view?usp=sharing
[14] https://www.facebook.com/buergerfuerthueringen/posts/165947094984241
[15] https://youtu.be/oNaUcrUExc8

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

37. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 12./13. Juni 2021 in Erfurt

ANTRAG-NR. 11

Antragsinhalt: : Umgang mit Dr. Ute Bergner (MdL)

Antragsteller: KV Gotha, KV Hildburghausen, KV Weimar ,Jens Panse, Sebastian Böhme, Kay Rösler, Dorothee von Hoff, Marc Frings

Der Landesparteitag möge beschließen:

- **01.05.2020 ff**. diverse Demonstrationen zum 1. Corona-Lockdown in Ilmenau, Erfurt, Saalfeld, Jena. Die dort gehaltenen Reden kritisieren nicht nur die Corona-Maßnahmen, was nicht zur beanstanden wäre, sondern bedienten populistische Narrative und stellten die Demokratie infrage.
- **03.11.2020** Demonstration vor dem Plenum zum Lockdown light.

Die Veranstaltung fand zeitgleich mit einer AfD Demo zum gleichen Thema, in ca. 150m Abstand statt. Die Veranstaltung wurde von Mitgliedern des Vereins in lokalen Querdenken-Gruppe beworben. Daher kamen auch Menschen, die eindeutig Verschwörungstheorien anhingen[15], wie in den Filmaufnahmen zu sehen ist. Demonstranten wechselten zwischen AfD und BfTH Demo hin und her. Auf der Bühne wurde betont man lebe ***noch*** in keiner Diktatur. Diese Demo fand ihren Niederschlag in DLF[15] und MDR[16] Berichten über Frau Dr. Bergner. Kurz darauf betonte die FDP-Abgeordnete, dass sie die Regierungsarbeit des Ministerpräsidenten Ramelow in der Corona-Krise schätze[18].

<u>Auswahl Öffentlicher Äußerungen Dr. Ute Bergner</u>

<u>Öffentliche Rede in Ilmenau am 1. Mai 2020[17]</u>

„Denn wir mussten erleben, wie das Infektionsschutzgesetz zur Selbstermächtigung geführt hat. Und eine Selbstermächtigung haben wir in den letzten 100 Jahren jetzt zum zweiten Mal erlebt. Und jedes Mal ist es in einem Trümmerhaufen geendet. Und das dürfen wir uns nicht weiter gefallen lassen. Lasst uns unsere Seelen und die Menschen wieder aufbauen, unsere

[15] https://srv.deutschlandradio.de/dlf-audiothek-audio-teilen.3265.de.html?mdm%3Aaudio_id=878066
[16] https://www.mdr.de/nachrichten/politik/regional/ute-bergner-fdp-fraktion-thueringen-100.html
[18] https://drive.google.com/file/d/1SYKfxIXZkBr36wv9CkM6Kb7ErktTDsUE/view?usp=sharing

[17] https://drive.google.com/file/d/1VNhdydsIUL-Lw-RZ7rE-h_ucoawsNnKx/view?usp=sharing

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: : Umgang mit Dr. Ute Bergner (MdL)

Antragsteller: KV Gotha, KV Hildburghausen, KV Weimar ,Jens Panse, Sebastian Böhme, Kay Rösler, Dorothee von Hoff, Marc Frings

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wirtschaft aufbauen und die Hindernisse beseitigen, die zu diesen Trümmern gefühlt haben. Habt Mut!“

Facebook-Posting als Reaktion auf eine Userin vom 5. Mai 2020[18]

„Ich finde es sehr traurig, dass wir solche Situationen in Thüringen haben. Ich, die in der DDR aufgewachsen bin, muss sagen, dass es schlimmer ist als damals. Deshalb müssen wir uns wehren! Leider ist der legale Spielraum in ein unanständiges Korsett gelegt.“

Statement des Vorstands des Vereins „Bürger für Thüringen“ im eigenen Newsletter „#angepackt“ am 1. September 2020[19]

„Nicht nur in Minsk auch in Berlin sind am Samstag mutige Bürgerinnen und Bürger auf die Straßen ihres eigenen Landes gegangen und haben ihr verbrieftes Recht auf Freiheit und demokratische Teilhabe wahrgenommen. Der deutsche Außenminister Heiko Maas hat mit Bezug auf Belarus richtig darauf verwiesen, dass diese mutigen Bürger dabei nicht mehr, aber auch nicht weniger als einen offenen Dialog mit ihrer eigenen Staatsführung gefordert haben. Und deshalb fragen wir Bürger für Thüringen: Sollte das nicht auch für all die Bürger in Deutschland gelten, die am Samstag mehrheitlich friedlich für eine Lockerung der Corona-Maßnahmen in Berlin demonstriert haben?“

[18] https://drive.google.com/file/d/1gqBHhmFX1hhwMsAdvD8yvNW4F_2JS2V6/view?usp=sharing
[19] https://drive.google.com/file/d/1pmPyLNyl3JMvlxnwfmcKOzH3s71dj0wp/view?usp=sharing

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

37. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 12./13. Juni 2021 in Erfurt

ANTRAG-NR. 12

Antragsinhalt: : eSport ist als Sport anzuerkennen

Antragsteller: Tim Wagner, Patrick Frisch, Michael Schubert, Thomas L. Kemmerich

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Thüringen definiert eSport als digitale Form des sportlichen Wettkampfes, der einem festen Regelwerk folgt. ESport hat physische und mentale Komponenten und verlangt von seinen Spielern hohe Konzentration, taktisches Denkvermögen, große Präzision und körperliche Fitness.

Die FDP Thüringen fordert die Landesregierung auf, sich über den Bundesrat für eine institutionelle Förderung des eSports einzusetzen und eSports damit als Sport anzuerkennen. Die Förderfähigkeit von eSport-Vereinen muss sich verwaltungs- und steuerrechtlich an den bestehenden Strukturen des Sportes orientieren.

Begründung:

Wir sehen die Möglichkeit einer Ko-Existenz von kommerziellen und gemeinnützigen eSport-Akteuren, wobei die kommerziellen Anbieter (Spielehersteller, Turnierveranstalter, auf Profit ausgelegte Profiteams) die Kriterien für eine Förderungswürdigkeit nicht erreichen können dürfen.

Wenn wir eSport als digitale Form des sportlichen Wettkampfes definieren, der einem festen Regelwerk folgt, bedingt das auch einer Förderung wie in andere Sportarten.

Die im Antrag beschriebenen Definition knüpft an das Selbstverständnis der eSport-Community an und grenzt sich vom unterhaltungsorientierten Computerspielen ab.

Auch eine lose Definition von Sport setzt eine spezifisch motorische und physische Komponente voraus, wenngleich sich Sport nicht ausschließlich über das Ausmaß körperlicher Ertüchtigung definieren lässt. Für die Subsumierung des eSports unter den klassischen Sportbegriff spricht, dass die Interaktion im Team, Kommunikationsfähigkeiten sowie technische und taktische Fähigkeiten im eSport beständig trainiert werden müssen, um bei der Leistungsdichte und der großen internationalen Konkurrenz wettbewerbsfähig zu sein.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

37. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 12./13. Juni 2021 in Erfurt

ANTRAG-NR. 13

Antragsinhalt: : Stabilität. Solidität. Subsidiarität. – Grundprinzipien europäischer Finanzpolitik

Antragsteller: **Patrick Frisch, Tim Wagner, Andrea Philipp-Dittrich, Stefan Beyer**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Freien Demokraten Thüringen fordern die Europa- und Bundestagsabgeordneten der FDP auf, sich dafür einzusetzen, dass infolge der Corona-Pandemie aus einem konjunkturellen Anlass heraus die Finanzarchitektur der Europäischen Union nicht weiter strukturell umgebaut wird, der das Haftungs- und Subsidiaritätsprinzip in Europa weiter schwächt.

Bei aller solidarischen Notwendigkeit gilt: Selbst die schwerste Krise darf nicht demokratische und ökonomische Grundprinzipien schwächen. Solidarität und Solidität stehen nicht im Widerspruch zueinander. Statt dem Gang in eine Fiskalunion erfordert eine koordinierte Wirtschaftspolitik eine konsequente Regeleinhaltung und Durchsetzung.

Aus diesem Grund lehnen wir den Mechanismus des beschlossenen EU-Sonderfonds „Next Generation EU“ in Höhe von 750 Milliarden Euro ab – davon 390 Milliarden als nicht rückzahlungspflichtige Zuschüsse für die EU-Mitgliedsstaaten; welcher der Europäischen Kommission erstmalig erlaubt in großen Umfang Schulden aufzunehmen und wofür die EU-Mitgliedsstaaten durch Garantien jeweils anteilig haften. Zugleich sehen wir es mehr als kritisch, dass zur Finanzierung des EU-Sonderfonds die EU dauerhaft eigene Einnahmequellen über national zusätzlich einzuführende Steuern erhält.

Auch eine weitergehende Umverteilung über einen mehr als 10-prozentigen Anstieg des europäischen mehrjährigen Finanzrahmens ohne klare Festlegung der zukünftigen Gemeinschaftsaufgaben und Mittelverwendung sowie eine nicht bindende Kopplung an das Rechtsstaatlichkeitsprinzip sind nicht zielführend für eine Europäische Union als Stabilitätsunion für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Wachstum.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

37. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 12./13. Juni 2021 in Erfurt

ANTRAG-NR. 13

Antragsinhalt: : Stabilität. Solidität. Subsidiarität. – Grundprinzipien europäischer Finanzpolitik

Antragsteller: **Patrick Frisch, Tim Wagner, Andrea Philipp-Dittrich, Stefan Beyer**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir Freien Demokraten fordern:

I. **Handlung und Haftung in Einklang bringen**: Eine falsch verstandene Solidarität führt zu Enttäuschungen und verstärkt nationale Ressentiments, welche die gefühlte Distanz der Bürger zu Europa vorantreiben und letztendlich die Stabilität und den Zusammenhalt Europas gefährden. Je weiter Handlung und Haftung auseinanderfallen, desto leichter lassen sich Kosten einer größer werdenden Verschuldung auf die europäische Solidargemeinschaft übertragen.

II. **Wettbewerb und Wachstum in Freiheit und Eigenverantwortung**: Der Wettbewerb und die Chancengleichheit ist in Europa durch die Corona-Maßnahmen in mehrfacher Hinsicht bedroht: Durch eine Lockerung des EU-Beihilferechts drohen nationale Staatshilfen den Wettbewerb durch Subventionen zu verzerren. Im globalen Wettstreit sollte nicht eine subventionsexpansive Industriepolitik der „großen Champions“ prioritär sein, sondern ein auf Wettbewerbsfähigkeit zielender EU-Binnenmarkt

III. **Mehrwert Europas durch gelebte Subsidiarität**: Bevor um die Höhe des mehrjährigen europäischen Finanzrahmens verhandelt wird, sollte Einigkeit über deren Aufgaben, Bedarf und Verwendung bestehen. Handlungsleitend sollte eine Stärkung der Bürgernähe und demokratische Kontrolle durch das europäische Subsidiaritätsprinzip sein, wonach größtmöglich dezentrale Politikentscheidungen herbeigeführt werden – vor allem dann, wenn politische Präferenzen international stark voneinander abweichen und politische Ebenen vor Ort eigenverantwortlich handeln können.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

37. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 12./13. Juni 2021 in Erfurt

ANTRAG-NR. 14

Antragsinhalt: : Schutz von Bewerbern für Mandate und Ämter

Antragsteller: **Tim Wagner, Patrick Frisch, Andrea, Philipp-Dittrich, Michael Schubert**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Thüringen fordert die FDP Fraktion im Thüringer Landtag auf, noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf in den Landtag einzubringen der vorsieht, die Privatadressen von Kandidaten für den Landtag und kommunale Parlamente (Gemeinderat, Stadtrat und Kreistag) sowie Walbeamte nicht mehr öffentlich bekannt zu machen. Allein der Wohnort soll zukünftig Gegenstand der Veröffentlichung sein.

Die öffentliche Verwaltung soll zukünftig die Erreichbarkeit der Kandidaten sicherstellen. Bereits veröffentlichte Bewerberlisten vorhergehender Wahlen sollen für die Öffentlichkeit unzugänglich gemacht werden.

Begründung:

Leider werden Bewerber für Wahlen immer öfter Ziel von Angriffen. Zum Schutz der Privatsphäre von Bewerbern sollte daher auf die Veröffentlichung personengebundener Daten so weit wie möglich verzichtet werden.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

37. Ordentlicher Landesparteitag des FDP Landesverbandes Thüringen

am 12./13. Juni 2021 in Erfurt

ANTRAG-NR. 15

Antragsinhalt: Meinungsfreiheit im 21 Jahrhundert braucht Säkularität!

Antragsteller: **Christopher Hubrich**

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Ereignisse in Frankreich in den vergangenen Wochen stellt erneut einen Beweis dar, dass die Meinungsfreiheit eine Errungenschaft der freiheitlich, demokratischen Grundordnung ist. Diese muss weiterhin verteidigt und gestärkt werden. Immer dann, wenn der Ausdruck von Meinungen beschnitten wird, werden wir unserer Freiheit beraubt.

Daher fordern Die Freien Demokraten in Thüringen die komplette und ersatzlose Streichung des §166 StGB. (Blasphemie Paragrafen).

Begründung erfolgt mündlich.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: One-Stop-shop

Antragsteller: Gerald Ullrich, Thomas L. Kemmerich

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Freien Demokraten Thüringen setzen sich für ein Upgrade des landesweites One-Stop-Shop Systems für Gründende und Unternehmen ein. Dieses soll relevante Prozesse der Datenübermittlung von Unternehmen an staatliche Einrichtungen betreuen und die gesammelten Informationen datenschutzkonform an die zuständigen weiteren Stellen möglichst medienbruchfreie übermitteln. Auf diese Weise wird eine Vielzahl von unterschiedlichen Behördengängen überflüssig und die Bearbeitung wird beschleunigt.

Begründung:

Der bürokratische Aufwand und die damit einhergehende Zeitverzögerung stellt eine erhebliche Belastung für Unternehmen und Gründende dar. In One-Stop-Shops werden Daten einmalig an die Verwaltung weitergegeben und dann an die entsprechende Stelle zur Verarbeitung weitergeleitet. Ebenso gibt es hier Hilfen bei der Suche nach den Richtigen behördlichen Ansprechpartnern. Die Thüringer Umsetzung der Strategie zu allgemeinen Ansprechpartnern ist in seiner jetzigen Form weder Effizient noch Praxisnah. Dies macht eine Umfassende Verbesserung des Thüringer Antragssystem für Verwaltungsleistungen (https://thavelp.thueringen.de/thavelp/portal) unabdingbar für den Wirtschaftsstandort Thüringen.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: Stromnetzinfrastruktur stärken

Antragsteller: Gerald Ullrich

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir Freie Demokraten Thüringen fordern bei der Berechnung der Eigenkapitalverzinsungsätze der 4. Regulierungsperiode durch die Bundesnetzagentur neue Kriterien einzubeziehen, welche die anstehen Neugestaltung und notwendige Netzstabilität der deutschen Netzinfrastruktur durch kleinere Netzbetreiber oder kommunale Versorger berücksichtigt. Denn nur auf diesen Weg kann eine ausreichende Kapitalisierung und Investitionstätigkeit gewährleistet werden.

Begründung

Als Freie Demokraten sehen wir mit Sorge, dass Letztverbraucher in Deutschland die höchsten Strompreise Europas bezahlen. Über die Hälfte dieser Kosten geht auf staatlich veranlasste Kostenbestandteile wie die EEG-Umlage oder der Strom- und Mehrwertsteuer sowie die Netzentgelte zurück. Die Netzentgelte sind für viele Stromkunden zuletzt erneut gestiegen. Wir plädieren daher für eine umfassende Reform der Steuern, Umlagen und Abgaben auf Energie, bei der auch die Netzentgelte betrachtet werden. Dies ist besonders problematisch, wenn trotz hoher Gesamtenergiekosten für den Verbraucher kleinere Netzbetreiber oder kommunale Versorger Ihre Investitionen nicht Refinanzierungen können. Der Gewinn für die Netzbetreiber wird maßgebend durch die von der Bundesnetzagentur festgelegten Sätze der Eigenkapitalverzinsung bestimmt. Durch deren Sinken fehlt die Möglichkeit, Inventionen zu amortisieren. Besonders vor dem Hintergrund des anstehenden Umbaus der Netzinfrastruktur zu Smart Grids und den damit notwendigen Investitionen erweist sich dies als Hindernis für Innovationen, welcher dringen behoben werden muss.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: Informationsoffensive für Vorgaben der Europäischen Union

Antragsteller: Gerald Ullrich

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Freien Demokraten Thüringen fordern eine Informationsoffensive der Bundesregierung bei Umsetzungsprozessen von Vorgaben der Europäischen Union in deutsches Recht. Ziel muss es sein, bereits vor Beginn des deutschen Gesetzgebungsverfahrens eine Übersicht über bevorstehende Änderungen zu informieren, so dass sich Betroffene vorzeitig auf diese Änderungen vorbereiten können. Hierzu müssen noch nicht zwingen alle Details genannt werden, da in der Regel bereits die Information, dass eine Änderung ansteht, Betroffene unterstützt. Aus diesem Grund muss ein eigenes Informationsportal geschaffen werden, welches Verständlich und Anschaulich die kommenden Änderungen darlegt.

Begründung:

Der Zeitraum zwischen Ratifizierung von Europäischen Richtlinien und Vorschriften und der Umsetzung in deutsches Recht kann unter Umständen mehre Jahre umfassen. Die langsame Arbeit der aktuellen Bundesregierung führt mitunter dazu, dass Neuregelungen sehr kurzfristig in deutsches Gesetz umgewandelt werden. Dies macht es besonders kleineren Akteuren und Unternehmen sehr schwer, angemessen auf Neureglungen zu reagieren. Auch wenn sich die Europäische Union sehr bemüht, Transparenz zu generieren, sinkt durch zeitliche Verschiebungen die durch die Umsetzung der Nationalstaaten naturgegebener Wiese entsteht die Übersicht. Um diese Lücke zu füllen ist eine Vorhabenliste samt Folgenabschätzung von Seiten der Bundesregierung zu betreiben. Des Weiteren wird durch eine solche Übersicht die Bundesregierung angespornt, die Umsetzung von Europäischen Richtlinien in einem angemessenen Zeitrahmen umzusetzen.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

(4) Die Landesfachausschüsse und Arbeitsgruppen haben die Aufgabe den Landesvorstand sachverständig zu beraten. Dazu stimmen die jeweiligen Vorsitzenden mindestens einmal jährlich die Arbeitsweise und das Arbeitsprogramm gemeinsam mit dem Landesvorstand ab.

(5) Die jeweiligen Vorsitzenden sind dem Landesvorstand und dem Landesparteirat rechenschaftspflichtig.

Begründung:

Begründung erfolgt mündlich.

Antragsinhalt: **Liberalisierung der Kommunalen Finanzen**

Antragsteller: Kreisverband Greiz

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Thüringen setzt sich für eine Liberalisierung der kommunalen Finanzen ein. Hierzu zählen neben der Beschränkung der Zweckbindungen auch eine Liberalisierung des Einnahmebeschaffungsgrundsatzes sowie frei verfügbarer Investitionspauschalen. Der seit Jahrzehnten aufgebaute Investitionsstau muss ebenso im Kommunalen Finanzausgleich Beachtung finden, wie die Übertragung von Aufgaben vollumfassend ausfinanziert werden muss.

Begründung:

1. Die Thüringer Kommunen bekommen zusätzlich zu der gesetzlich garantierten Finanzausstattung eine Vielzahl an zweckgebundenen Zuweisungen. Diese erfolgen zum einen auf Basis von Bundesregelungen, wie beispielsweise solche für Sozialleistungen. Jedoch sind auch verschiedenste zweckgebundene Zuweisungen dabei, die der Umsetzung von Wahlversprechen der Regierung dienen. Zweckgebundenen und damit ideologische Förderungen sind auf ein Maß zu reduzieren, dass den Kommunen freie Spitzen für notwendige Projekte lässt. Eine Festschreibung der zweckgebundenen Zuweisungen zur Umsetzung ideologischer Projekte ist auf maximal 5% des Volumens aller zweckgebundenen Zuweisungen im KFAG zu begrenzen.

2. Kommunen sind an strenge Vorgaben gebunden, was die Beschaffung von Einnahmen anbelangt. Eine Senkung von Steuern und Gebühren beispielsweise ist nicht möglich, wenn die Ausgaben nicht gedeckt sind. Dabei ist selbst eine garantierte Einnahmesteigerung auf der anderen Seite, beispielsweise durch die Ansiedlung von Unternehmen und das Sinken von Arbeitslosenzahlen oder die perspektivische Erhöhung der Steuereinnahmen auch bei Senkung der Hebesätze) kein Argument, das diesen Grundsatz außer Kraft setzen könnte. Investitionen sind notwendig, wenn man langfristig seine Einnahmen verbessern will. Das gilt in der Wirtschaft ebenso wie in kommunalen Verwaltungen. Entsprechend ist den Kommunen in begründeten Fällen die Möglichkeit zu gewähren, von dem strengen Grundsatz der Einnahmebeschaffung abzuweichen, wenn eine hohe Wahrscheinlichkeit für einen langfristigen Erfolg besteht und begründet werden kann.

3. In vielen Kommunen konnten seit Jahrzehnten mangels ausreichender Finanzen Investitionen nicht getätigt werden. Die Reform des kommunalen Finanzausgleichs fußt auf einem Gutachten, das den Finanzbedarf der Thüringer Kommunen auf Basis der Bedarfe der letzten 5 Jahre betrachtet. Notwendige Investitionen, die so schon seit mehr als 5Jahren, teilweise wesentlich längeren Zeiträumen nicht getätigt werden konnten, fließen somit nicht in die Bemessung ein. Beim kommunalen Finanzbedarf müssen alle Bedarfe Beachtung finden- selbstverständlich

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: **Liberalisierung der Kommunalen Finanzen**

Antragsteller: Kreisverband Greiz

Der Landesparteitag möge beschließen:

auch der Investitionsbedarf, der aufgrund der geringen kommunalen Finanzausstattung seit Jahrzehnten mitgeschleppt wird.

4. Überträgt das Land den Kommunen Aufgaben, hat es den Kommunen einen angemessenen Ausgleich zu zahlen. Problem hierbei ist, dass weder die Umgestaltung und Ausweitung bereits übertragener Aufgaben von dem verfassungsrechtlichen Grundsatz erfasst ist, noch die tatsächlich entstandenen Kosten Beachtung finden. Denn "angemessen" bedeutet, dass die durchschnittlichen Kosten erstattet werden, die bei wirtschaftlicher Verwaltungstätigkeit üblicherweise anfallen. Damit wird ein fiktiver Wert geschaffen, der der Realität keine Rechnung trägt. Eine ehrliche Betrachtung der Kosten muss Basis einer Erstattung sein. Auch die Änderung und Erweiterung bereits übertragener Aufgaben muss einem Ausgleich unterliegen, wenn dadurch den Kommunen Mehrkosten entstehen.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: **Innenstadtbelebung**

Antragsteller: Kreisverband Greiz

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die FDP Thüringen setzt sich für die Belebung der Innenstädte ein. Zielorientierte und bedarfsgerechte Maßnahmen durch lokale Akteure und Kommunen müssen durch das Land konstruktiv begleitet und finanziell unterstützt werden. Fördermittel sind von ideologischen Fantasien zu befreien und so zu gestalten, dass sie für die Bedürfnisse vor Ort Lösungsspielraum bieten. Normen und Vorgaben, die einem Umdenken im Bereich Stadtentwicklung im Wege stehen, sind zu überdenken und bei Bedarf zu überarbeiten und zu vereinfachen. Innenstädtische Quartiere sind durch den Erhalt und die Schaffung vielfältiger Nutzungsformen im Bereich des Wohnens, der Wirtschaft und des Einzelhandels sowie durch eine intelligente, standortgerechte Verkehrsplanung unter Berücksichtigung der Belange des ÖPNV, des Radverkehrs aber auch des motorisierten Individualverkehrs in ihrer Attraktivität aufzuwerten. Innerstädtischer Einzelhandel darf nicht durch verbohrte Ideologie förmlich unerreichbar werden.

Begründung:

1. Nicht erst durch die Corona-Pandemie sterben die Innenstädte immer mehr aus. Die bisherige Ausrichtung auf Handel und Gastronomie verliert nicht zuletzt durch den Onlinehandel und große Einkaufszentren an Bedeutung. Kleinen Unternehmen fällt es zunehmend schwer, sich in besucherarmen Innenstädten zu halten. Der daraus resultierende Leerstand führte in der Vergangenheit oder wird in der Zukunft zu einer Verwahrlosung von Gebäuden und Flächen führen.

2. Die aktuelle Ausrichtung der Stadtentwicklung auf urbane Gestaltung und Klimaschutz wird dem akuten Bedarf nicht gerecht. Überhaupt ist eine Zwangsorientierung kontraproduktiv, da der IST-Zustand der Thüringer Zentren unterschiedlicher nicht sein könnte. Wo es der einen Kommune an freien Flächen fehlt, hat die andere zu viel Leerstand. Wo die eine Kommune einen erhöhten Bedarf an begrünten Flächen hat, fehlt es der anderen an finanziellen Mitteln zur Pflege bereits vorhandener Grünflächen.

3. Ein Umdenken im Bereich der Innenstadtgestaltung ist unerlässlich. Die Zukunft wird sich weg von überdimensionierten Einkaufsmeilen hin zu sozialen Treffpunkten und Verweilorten bewegen. Um diesen Wandel zu ermöglichen, ist eine finanzielle Unterstützung der Kommunen unerlässlich. Sanierungen und Umbauten scheitern nicht nur an Vorgaben des Denkmalschutzes, sondern mangels Möglichkeiten gewinnbringender Vermietungen auch an finanziellen Mitteln. Um einem weiteren Verfall aktiv entgegen zu treten, sind dringend notwendige Sanierungen und Umbauten zu fördern sowie bürokratische Hemmnisse abzubauen.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: **Innenstadtbelebung**

Antragsteller: Kreisverband Greiz

Der Landesparteitag möge beschließen:

4. Die Belebung der Innenstädte, die Umorientierung bei der Vermietung von Flächen und bei der Neuausrichtung von Gestaltungen, bei der Schaffung attraktiver Arrangements und einladender Dekorationen scheitert nicht am Bauordnungsrecht, sondern an destruktiven Vorgaben bspw. aus dem Denkmalschutz. Von starren Vorstellungen muss abgewichen werden, wenn das Ergebnis einzig die Verhindert jeglicher konstruktiver Vorschläge ist und die Einhaltung der Vorgaben schließlich bedeutet, dass eine Umsetzung finanziell nicht möglich ist.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: Blick nach Vorn – Fundament für eine Schule der Zukunft

Antragsteller: LFA1 „Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst“, Philip Riegel

Der Landesparteitag möge beschließen:

Blick nach Vorn – Fundament für eine Schule der Zukunft

Die Freien Demokraten nehmen die Auswirkung der Corona-Pandemie auf das Thüringer Schulsystem mit Bestürzung wahr. Die aktuelle Krise zeigt deutlich, welche wichtigen Punkte es in der Zukunft anzugehen gilt. Nach unserer Ansicht können und sollten wir aus den Erfahrungen des letzten Jahres lernen und die Thüringer Bildungslandschaft auch über die aktuelle Pandemie hinaus weiter innovieren und krisenfest machen. Die Freien Demokraten Thüringen sehen hierbei in mehreren Bereichen Nachholbedarf

Konkret fordern wir:

- die Etablierung von digitalem Unterricht als Ergänzung zum täglichen Unterricht durch Entwicklung eines ganzheitlichen Konzeptes für ein effektives Zusammenspiel von Präsenz- und Digitalunterricht mit all seinen Facetten
- konsequente Nutzung der Mittel des Digitalpaktes für flächendeckende digitale Infrastruktur an Schulen ohne überbürokratisierte Verfahren
- Bereitstellung von Planstellen bzw. Schulverwaltungsassistenten zur Betreuung von digitaler Infrastruktur
- Etablierung eines einheitlichen und stabilen Online-Lernsystems, das sowohl die aktuellen Funktionen besitzt, als auch mit neuen Funktionen, wie integrierter E-Mail-Funktion für alle schulischen Akteure, der Möglichkeit der individuellen Organisation von Lehrersprechtagen und der Verklärung des Hintergrundes bei Benutzung der Kamera, erweiterbar ist
- weiträumige Bereitstellung von digitalisierten Lehr- und Lernmitteln
- Bildung von Austauschgruppen mit Akteuren von Bildung, Wirtschaft, Industrie und der Politik, um die Infrastruktur und Innovation von Schulen im Freistaat beispielsweise, wie folgt, zu fördern:
    - Ausstattung der Schülerinnen und Schüler mit Tablets für den Hausgebrauch als Ausleihobjekte, die in Absprache mit Mobilfunkunternehmen für bestimmte (Lern-)Apps mobiles Datenvolumen zur Verfügung stellen, so dass sozial benachteiligten Kindern bei Bedürftigkeit dieses staatlich finanziert werden kann
    - flächendeckende Ausstattung von Schulen mit Luftreinigungssystemen sowie neuwertiger und zeitgemäßer digitaler Infrastruktur
    - Organisation spezifischer Schulungen für Lehrerinnen und Lehrern sowie Administratoren für die vielfältige Nutzung von digitaler Infrastruktur

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: Blick nach Vorn – Fundament für eine Schule der Zukunft

Antragsteller: LFA1 „Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst“, Philip Riegel

Der Landesparteitag möge beschließen:

– Kooperationen von Schulen mit Hochschulen und Unternehmen, um gegenseitige Projekte zu realisieren und auf gemeinsame räumliche und technische Ressourcen zuzugreifen
– Einführung regelmäßiger Bildungskonferenzen von Schulleitungen und dem Bildungsministerium
– Einrichtung eines Live-Tickers für alle schulischen Akteure, um die Kommunikation bei kurzfristigen Ereignissen und die optimale Verteilung von Informationen sicherzu stellen

Begründung erfolgt mündlich.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: **Gesundheitskompetenz bei Kindern und Jugendlichen stärken**

Antragsteller: Kreisverband Wartburgkreis Eisenach, Robert-Martin Montag

Der Landesparteitag möge beschließen:

Eine ausgeprägte Gesundheitskompetenz ist die Grundlage für eine hohe Lebensqualität von Kindern über Erwachsene bis hin zu Senioren und stellt eine Schlüsselqualifikation für den mündigen und selbstbestimmten Patienten dar. Eine hohe Gesundheitskompetenz versetzt die Menschen in die Lage, gesundheitsrelevante Informationen selbstständig zu finden, zu verstehen, einzuschätzen und zu nutzen. Das ermöglicht ihnen, sich besser im Gesundheitssystem zurecht zu finden und präventive und therapeutische Empfehlungen besser umsetzen zu können.

Neben der Gesundheitskompetenz spielt auch die Gesundheitsförderung eine entsprechende Rolle. Diese Kompetenz verleiht alltagspraktisches und spezialisiertes Wissen und Fähigkeiten im Umgang mit Gesundheit und Krankheit, dem eigenen Körper, Gesundheitsrisiken oder über Maßnahmen zur Verbesserung der gesundheitsrelevanten Lebensbedingungen. Kinder und Jugendliche gehören zu den wichtigsten Zielgruppen für Maßnahmen der frühen Gesundheitsförderung, da die Grundlagen für entsprechende Fähigkeiten und Kompetenzen in der Kindheit gelegt werden und sich im Lebensverlauf festigen.

In Thüringen existiert im bundesweiten Vergleich ein erheblicher Nachholbedarf in Sachen Gesundheitskompetenz. Da die Grundlagen für diese Fähigkeiten bereits in der Kindheit gelegt werden, gehören Kinder und Jugendliche zu den wichtigsten Zielgruppen für Maßnahmen der frühen Gesundheitsförderung.

Wir fordern vor diesem Hintergrund für Thüringen ein "Landesprogramm Gesundheitsförderung für Kinder" zu entwickeln. Kernelement ist ein integratives, modulares Präventionsprogramm für den Regelunterricht der Klassenstufen 1 bis 6 (Unterrichtsfächer Sport, Heimatsachkunde und Mensch-Natur-Technik). Zudem wollen wir auch die gesundheitsrelevanten Rahmenbedingungen für die Mitarbeiter in den Thüringer Kindergärten und Schulen durch weitere Maßnahmen und Förderprogramme adressieren.

Begründung**:** erfolgt mündlich.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: Berufsschulstandorte erhalten, innovative Konzepte fördern

Antragsteller: Kreisverband Eisenach Wartburgkreis, Robert-Martin Montag, Dirk Bergner, Franziska Baum, Thomas L. Kemmerich,

Der Landesparteitag möge beschließen:

Moderne berufsbildende Schulen sind zentrale Orte für die wirtschaftliche Entwicklung in Thüringen. In Zeiten des Fachkräftemangels ist es von großer Bedeutung, berufsbildende Schulen als attraktive Institutionen in ihren lokalen Kontexten zu erhalten und zu fördern. Unternehmen suchen sich Standorte, an denen sie gut ausgebildete Fachkräfte finden und für Auszubildende ist es wichtig, dass von ihrem Wohnort aus sowohl ihre Berufsschule als auch ihre Ausbildungsstätte gut zu erreichen sind. Die Zahl der jährlich unbesetzten Ausbildungsplätze in Thüringen ein deutliches Signal dafür ist, dass die Rahmenbedingungen der beruflichen Bildung verbessert werden müssen.

Wir fordern den Erhalt und die Förderung von Räumlichkeiten und technischer, teilweise fachspezifischer Infrastruktur, um Standorte für Fachklassen attraktiv zu halten und reaktivieren zu können, falls die Nachfrage steigt.

Weiterhin wollen wir die Räumlichkeiten und Infrastruktur an andere Akteure im Netzwerk Berufliche Bildung freigeben, die Kapazitäten erhalten und nutzen. Deshalb sollen Schulträger dabei unterstützt werden, Kooperationsmodelle aufzubauen, durch die andere Organisationen aus der beruflichen Erwachsenenbildung die Räumlichkeiten und Infrastruktur der berufsbildenden Schule zum beiderseitigen Vorteil punktuell oder längerfristig nutzen können. Lokal ansässige Unternehmen, insbesondere die Betriebe, deren Auszubildende die jeweilige Berufsschule besuchen, können ebenfalls in die Angebote einbezogen werden. Durch die Kooperation mit Gründerzentren zum Beispiel, werden sowohl die Option der Unternehmensgründung für die zukünftigen Fachkräfte sichtbar, als auch die jungen Unternehmen als Arbeitgeber interessant.

Begründung: erfolgt mündlich.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: Unternehmensnachfolgen erleichtern

Antragsteller: Kreisverband Eisenach Wartburgkreis, Robert-Martin Montag, Thomas L. Kemmerich, Tim Wagner

Der Landesparteitag möge beschließen:

Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) sind ein starkes Standbein der Thüringer Wirtschaft und Garant für Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung in der Region. Bis 2022 benötigen in Thüringen voraussichtlich 1.800 kleine und mittlere Unternehmen einen Nachfolger an der Spitze. Sie haben etwa 27.000 Beschäftigte. Doch der Generationswechsel – ob innerhalb der Familie oder als Übergabe an einen Mitarbeiter oder externen Gründer –, ist mit großem bürokratischem und finanziellem Aufwand verbunden. Damit Thüringen auch in Zukunft von einer vielfältigen Landschaft von KMU profitieren kann, muss der Generationsübergang in möglichst allen Unternehmen gelingen.

Wir fordern, den behördlichen Prozess der Unternehmensnachfolge deutlich zu vereinfachen. Dazu gehört das Schaffen einer zentralen Anlaufstelle, die alle erforderlichen Genehmigungen digital und aus einer Hand zur Verfügung stellt. Ziel muss sein, die regionale Wirtschaft zu erhalten und so dauerhaft Arbeitsplätze zu sichern.

Zugleich fehlt es gerade im klassischen Handwerkssegment an Risikokapital, um einen Betrieb nicht nur zu übernehmen, sondern auch um den technologischen Wandel zu vollziehen und das Unternehmen in der Übergangsphase zu finanzieren. Um den Standort zukunftssicher weiterzuentwickeln wollen wir ausreichende Finanzierungsmöglichkeiten schaffen. Wir fordern einen Thüringer Zukunftsfonds, der das Kapital privater und institutioneller Anleger bündeln und den Start-ups mehr Wagniskapital zur Verfügung stellen soll.

Begründung: erfolgt mündlich.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: Ganztag auch für Lehrkräfte ermöglichen. Schulentwicklung im Team voranbringen.

Antragsteller: Kreisverband Eisenach Wartburgkreis, Robert-Martin Montag, Franziska Baum

Der Landesparteitag möge beschließen:

Während in der Arbeitswelt neue Formen der Zusammenarbeit vor allem in der Wirtschaft längst für kreativere Prozesse und innovativere Ergebnisse sorgen, stehen in den Schulen die Bänke nach wie vor in Reih und Glied und nach 45 Minuten klingelt es zum Ende der Stunde. Auf allen Ebenen der Bildungspolitik werden die Vorteile von Ganztagskonzepten diskutiert und gelobt. Studien belegen vielfach die positive Bedeutung von Ganztagsangeboten für den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler. Vor allem rhythmisierte Ganztagsschulkonzepte, bei denen offene Lernformen über den ganzen Tag gestreckt und längere Pausen für Bewegung und Entspannung vorgesehen sind, befördern das Lernen. Dafür werden Freiflächen und Räume auf dem Schulgelände gestaltet, die freies Arbeiten und den offenen Austausch für Schülerinnen und Schüler ermöglichen. Doch während die Schülerinnen und Schüler den ganzen Tag an der Schule lernen und arbeiten können, sind für Lehrkräfte nur in seltenen Fällen Räume vorgesehen, in denen sie konzentriert und in Ruhe Unterricht vor- oder nachbereiten können. Klassenarbeiten werden im Lehrerzimmer zwischen Kaffeemaschine und Kopierer korrigiert. Die meiste Vorbereitungsarbeit findet im Homeoffice statt. Wir fordern ein Umdenken beim Schulbau insofern, als dass für Lehrkräfte wie in einem Coworking-Space eine angemessene Anzahl an Wechselarbeitsplätzen vorgesehen werden. So erhalten Lehrkräfte Rückzugsorte für konzentriertes Arbeiten und stehen dennoch flexibel für Einzelberatung und besondere Förderungsangebote oder Projekte zur Verfügung. So gelingen Ganztagskonzepte im Einklang mit einer gesunden Work-Life-Balance der Lehrkräfte. Darüber hinaus bereichert die Möglichkeit der Präsenz im Schulgebäude den Austausch im Kollegium und schafft die Grundlage für erfolgreiche Schulentwicklung im Team.

Begründung: erfolgt mündlich.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: Den Traum vom Eigenheim erfüllen. Grunderwerbssteuer senken.

Antragsteller: Kreisverband Eisenach Wartburgkreis, Robert-Martin Montag, Dirk Bergner

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die Grunderwerbssteuersatz in Thüringen gehört zu den höchsten in der gesamten Bundesrepublik und ist für viele Familien ein unüberwindbares Hindernis auf dem Weg zum Eigenheim. Um mehr Familien den Traum von den eigenen vier Wänden zu ermöglichen, dürfen Wohnungen nicht verteuert werden. Vielmehr müssen Anreize geschaffen werden, um neuem Wohnraum zu fördern.

Wir fordern, die Grunderwerbsteuer von derzeit 6,5 Prozent auf den ursprünglichen Satz von 3,5 Prozent zu senken und somit bauwillige Familien zu entlasten.

Begründung: erfolgt mündlich.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: Sicherstellung und Weiterentwicklung regionaler Gesundheitsstrukturen

Antragsteller: Kreisverband Eisenach Wartburgkreis, Robert-Martin Montag,

Der Landesparteitag möge beschließen:

Das deutsche Gesundheitssystem steht – auch in Thüringen – vor enormen Herausforderungen. Die Grundlage des strukturellen Änderungsbedarfs bilden demografische Veränderungen, medizintechnische Innovationen, der Megatrend der Digitalisierung und der sich verstärkende Fachkräftemangel. Gleichwohl ist eine gut erreichbare und qualitativ hochwertige medizinische Versorgung jederzeit sicherzustellen. Neben dem Erhalt und der Sicherung des Zugangs zur gesundheitlichen Versorgung, insbesondere in den peripheren Räumen, sowie der Sicherung einer hohen Qualität der Angebote muss auch die optimale Nutzung knapper Ressourcen im Gesundheitswesen im Blick gesundheitspolitischer Entscheidungen stehen.

Um eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Versorgung der Patienten auch in Zukunft zu sichern, fordern wir mögliche Umwandlungs- und Weiterentwicklungsszenarien prüfen.

Wir wollen Krankenhäuser, deren ersatzlose Schließung nicht ohne Versorgungseinschränkung vonstattengehen kann und bei denen jedoch ein niederschwelligeres Versorgungsangebot sinnvoll erscheint, zu innovativeren Versorgungsstrukturen weiterentwickeln. Eine derartige Transformation kann sowohl zu einer Verbesserung der Versorgungsqualität als auch zu einer Anpassung des medizinischen Angebots an den tatsächlichen Bedarf der zunehmend multimorbiden Bevölkerung führen.

Wir wollen für die Schnittstelle zwischen Grund- und Regelversorgung im Krankenhaus und ambulanter fachärztlicher Versorgung ein gesondertes, einheitliches Vergütungssystem etablieren, welches eine leistungsgerechte Vergütung der erbrachten Leistungen sicherstellt.

Wir fordern die Initiierung eines Modellprojektes, welches diese Planungs- und Finanzierungsfragen in den Blick nimmt und langfristige Standortsicherung durch Strukturwandel erreicht.

Begründung**:** erfolgt mündlich.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: Vielfalt des Schulsystems erhalten – Regelschulen stärken

Antragsteller: LFA1 „Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst“, Philip Riegel

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir Freien Demokraten bekennen uns zum vielfältigen Schulsystem in Thüringen – von der Förderschule, über Regelschule und Gemeinschaftsschule bis hin zum Gymnasium und den Spezialschulen. Diese Vielfalt ist Grund und Voraussetzung für unser Konzept der selbstverantwortlichen Schule. Regelschulen stellen dabei eine zentrale Bedeutung für die Ausbildung von Fachkräften der Zukunft in Wirtschaft und Handwerk dar. Sie sind neben Gemeinschaftsschulen und Gymnasien eine wichtige Säule zur Vorbereitung auf die Berufsausbildung, bekommen jedoch aus mannigfaltigen Gründen immer weniger Anmeldungen. Das möchten wir Freie Demokraten mit Blick auf die Durchlässigkeit und Vielfalt des Schulsystems ändern.

Konkret fordern wir:

- Ausweitung der Berufsorientierung und Schullaufbahnberatung vor und während des Besuches der Regelschulen
- Vernetzungstreffen zwischen den Schulkonferenzen und Unternehmen, um den Unterricht in den MINT-Fächern zu verbessern
- Reformierung des Lehrplanes der Regelschule zur besseren Durchlässigkeit zu anderen Schulformen, etwa durch
    - die gezielte Einführung einer 2. Fremdsprache
    - beruflich relevante Fachinhalte
    - integrierte Betriebspraktika
    - fächerübergreifende und handlungsorientierte Projekte
- Einbettung der Lehrkräfte in ein konstantes multiprofessionelles Team
- Reformierung der Lehrerausbildung hin zu einer kombinierten Ausbildung für Regelschul- und Gymnasiallehramtsanwärter
- Übernahmegarantie für Lehramtsanwärter, die ihren Vorbereitungsdienst an einer Regelschule im ländlichen Raum absolvieren

Begründung erfolgt mündlich.

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen:

Antragsinhalt: Europäische Demokratie stärken heißt: Europaparlament stärken

Antragsteller: Robert-Martin Montag, Christopher Hubrich

Der Landesparteitag möge beschließen:

Die europäischen Krisen des letzten Jahrzehnts haben es notwendig gemacht, dass die Rolle des EU-Kommissionspräsidenten Beziehungsweise der Kommissionspräsidentin in Zukunft deutlicher herausgearbeitet und gestärkt werden muss. Um für die Krisen des 21. Jahrhunderts europäische Lösungen zu entwickeln.

Damit diese europäischen Lösungen In Zukunft auch in einer deutlich erkennbaren demokratischen Legitimität eingeordnet werden können. Setzen wir uns Freien Demokraten in Thüringen dafür ein bei der Wahl des europäischen Kommissionspräsidenten bzw. der Kommissionspräsidentin dafür zu sorgen, dass das Europäische Parlament aktiv bei der Bestimmung des Präsidenten mitwirken kann.

Daher fordern die Freien Demokraten in Thüringen, dass dem Europäischen Parlament bei der Wahl des Kommissionspräsidenten die Möglichkeit gegeben wird einen Vorschlag Zu unterbreiten und somit eigenständig einen Kommissionspräsidenten bzw. die Kommissionspräsidentin zu wählen. Auch wollen wir dem Europäischen Parlament die Chance geben durch ein Konstruktives Misstrauensvotum mit einer 2/3 Mehrheit den Kommissionspräsidenten bzw. die Kommissionspräsidentin auszutauschen. Durch diese klare Abbildung und Benennung der Mehrheitsverhältnisse im Parlament kann dafür gesorgt werden, dass der europäische Kommissionspräsident in seiner Rolle gegenüber den Mitgliedstaaten gestärkt wird und in seiner Investitur wie auch Amtsführung durch ein gestärktes Parlament kontrolliert werden kann.

Begründung:

erfolgt mündlich

****

angenommen:

abgelehnt:

überwiesen: